

6 Fragestunde

Wir kommen nun zur Fragestunde, meine Vizebürgermeisterin sagt mir das immer an, weil ich keine Uhr habe, 12.35 Uhr starten wir und ich darf bitten Herrn Klubobmann Pascuttini die Frage an Frau Vizebürgermeisterin Schwentner zu stellen.

Beginn Fragestunde 12:35 Uhr

6.1 Frage 1: Gehweg Anton-Kleinoscheg-Straße (KlObm Mag. Pascuttini, KFG, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte.

Ich darf jetzt gleich zu einer Sache eine Frage stellen, die schon seit Längerem die Menschen in Gösting belastet, es passt auch gut zum „Masterplan Gehen“, den sie diese Woche der Medienöffentlichkeit präsentiert und sich auch dafür abfeiern haben lassen, die eine oder andere Kritik wird sich sicher heute im Laufe des Nachmittags dann noch ergeben. Der Gehweg entlang der Anton-Kleinoscheg-Straße ist das beste Beispiel dafür, dass es wahrscheinlich keinen Masterplan braucht für Graz, sondern einfach die Sanierung von entsprechenden Gehwegen, die schon seit vielen, vielen Jahren desolat sind. In diesem Fall ist die Problematik besonders gelagert dahingehend, dass es schon einen einstimmigen Bezirksratsbeschluss gab, nämlich in der Periode 2017 bis 2021, das war damals mein Antrag, wurde einstimmig verabschiedet, wir haben dann die Situation erlebt, dass nach der Wahl die Bezirksbauleitung auch eine Begehung durchgeführt hat, nämlich am 28. September 2021, man hat sich damals mir gegenüber zugänglich gezeigt, dass man jetzt diese Sanierung rasch angehen wird, nur bedauerlicherweise ist dann, nachdem es in Rücksprache mit der Stadt eben zu vertiefenden Planungen hätte kommen sollen, hat

dann der Bezirksrat Gösting, der Neugewählte, einstimmig wieder Abstand genommen von dieser Sanierung. Ich erlebe wirklich sehr, sehr oft, dass sich Menschen über die Qualität dieses Gehweges aufregen, es ist wirklich, im Grunde genommen, ein Skandal, wie der Gehweg aussieht, es sind eben dort Wurzeln, die den Belag anheben, es sind entsprechend tiefe Rillen, entsprechende Lücken über die Jahre hinweg entstanden. Kurzum, der Gehweg ist einer Stadt wie Graz einfach nicht würdig. Jetzt ist natürlich die Situation so, dass gerade dieses Gebiet auch von einem entsprechenden Parkplatzmangel betroffen ist, der schon seit vielen Jahren dort anhält. Kurzum, man hat zu wenig Parkplätze. Es wurde uns jetzt auch immer wieder gesagt, wenn der Gehweg saniert wird, dann kommen dort noch mehr Parkplätze weg. Ich hoffe doch, wenn Sie mir jetzt noch meine Frage beantworten und wir gemeinsam diese Sanierung endlich angehen, dass man eine Lösung finden wird, die auch sicherstellt, dass die Parkplätze erhalten, bleiben bzw. vielleicht sogar zusätzlich zur Gehwegsanierung man auch alternative Parkflächen schafft, damit man gleich zwei Probleme, nämlich das Problem des Gehweges, aber auch das Problem des Parkplatzmangels lösen kann. In diesem Sinne, Frau Vizebürgermeisterin, stelle ich Ihnen die

Frage,

welche Pläne oder Überlegungen gibt es im Rahmen des eigenen Wirkungsbereichs, die Anton-Kleinoscheg-Straße nicht nur, aber auch im Rahmen der Radoffensive umzugestalten?

Originaltext der Frage:

Die Beschaffenheit des Gehweges (insbesondere bei schlechter Witterung!) birgt großes Gefahrenpotenzial und wird der Zustand durch Risse vor allem in den kalten Jahreszeiten immer schlechter. Neben der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer ist auch wichtig zu berücksichtigen, dass bei der Planung (und dann auch bei der anschließenden Umsetzung!) so viele Parkplätze wie möglich erhalten werden, oder

Ausgleich geschaffen wird, da bereits jetzt in dieser Gegend ein massiver Parkplatzmangel herrscht und die zahlreichen Gewerbetreibenden in der Nähe jetzt schon darunter leiden. Die zwischenzeitlich begonnenen Planungen zur Umgestaltung wurden zum Leidwesen der Bewohner der umliegenden Gebiete mittlerweile mit der Begründung beendet, dass der ursprüngliche Antrag des Bezirksrates Gösting zurückgezogen wurde. Da ich mich bereits seit einigen Jahren mit der von vielen Menschen in Gösting gewünschten Sanierung des Gehweges entlang der Anton-Kleinoscheg-Straße im Bereich zwischen Sparkasse und der Costellagasse beschäftige und auch schon zahlreiche Anträge dazu eingebracht habe – als Bezirksrat in der Periode 2017-2021, und dann auch im Gemeinderat ab November 2021, ist es mir ein besonderes Anliegen zu einer den Bewohnern entsprechenden Lösung und Umsetzung zu kommen. Aus einer Beantwortung geht nun hervor, dass es Überlegungen im Rahmen der Radoffensive gibt, die im Plan jedoch nicht klar definiert sind. Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:

Welche Pläne oder Überlegungen gibt es im Rahmen des eigenen Wirkungsbereiches die Anton-Kleinoscheg-Straße nicht nur aber auch im Rahmen der Radoffensive umzugestalten.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner:

Danke, Herr Klubobmann, für die Frage. Über den „Masterplan Gehen“, werden wir wirklich in der Folge noch mehr reden können, heute und ich erkläre gern auch, was die Basis oder warum wir den in der Umfänglichkeit auch brauchen. Uns ist bekannt,

dass es in der Anton-Kleinoscheg-Straße verbesserungswürdige Zustände gibt. Das betrifft nicht nur die Zufußgehenden, sondern eben auch die Radfahrer:innen, wie erwähnt. Dazu kommen auch bei uns Beschwerden ein über die gefährliche Situation, über die zu schmalen Gehsteige, es ist dort der Kindergarten, ich nehme das auch wirklich sehr ernst, die Probleme. Die gute Nachricht vorweg in dem Sinn des Masterplans, es ist eine, die Anton-Kleinoscheg-Straße, eine von 200 Maßnahmen, die im „Masterplan Gehen“ aufgenommen ist und wir werden in Kooperation mit dem Land, dazu komme ich noch, nach Lösungen suchen, um bei gleichzeitigem Erhalt, zum Beispiel der Baumstandorte vor Ort, eine Sanierung durchzuführen. Wir haben eben diese Sicherheit und sozusagen die Durchwegung bzw. die Sanierung des Gehweges aufgenommen, zur Anton-Kleinoscheg-Straße, konkret muss ich leider sagen, dass die Möglichkeiten in meinem eigenen Wirkungsbereich begrenzt sind. Das liegt daran, dass der ausschlaggebende Abschnitt, den Sie erwähnen, eine Landesstraße ist. Die Sanierung und Umbauten fallen somit in den Zuständigkeitsbereich des Landes Steiermark und nicht in den der Stadt Graz. Was wir sehr wohl können, ist eben darauf hinzuweisen, auch im Rahmen der Radoffensive, wie Sie sagen, dass wir den Gehsteig sanieren müssten, um die Sicherheit zu erhöhen. Wir brauchen eine Verbreiterung. Jetzt steht schon das erste Problem: Wie können wir diesen endenwollenden Straßenraum, der vorhanden ist, so aufteilen, dass Zufußgehende sicher gehen, dass Radfahrer:innen fahren können, dass wir Bäume nicht fällen müssen und Parkplätze nicht fallen dürfen. Das ist quasi eine Aufgabe, die wir gemeinsam in Austausch mit der Radoffensive, Wolfgang Feigl als Abteilungsleiter ist, auch hier heute aber in engen Austausch mit dem Land Steiermark nur durchführen können. Wir können immer wieder darauf hinweisen, es sind zusätzlich noch Grundeinlösen erforderlich, um da eine Vereinigung zu schaffen und ich kann Ihnen nur zusichern, dass wir uns weiter im Rahmen der Radoffensive darum bemühen werden, aber es ist nicht einfach.

KO GR Mag. **Pascuttini**:

Vielen Dank für die ausführliche Antwort.

Ja, also ich sehe da wirklich Ihr Bemühen, habe mich da nur etwas gewundert, dass man diese Begehungen macht, dass man mit der Stadt sozusagen schon spricht und dann sozusagen alles auf Halt kommt, wenn der Bezirksrat sich wieder dagegen ausspricht, also das hat dann auch für ein bisschen Ärger im Bezirk gesorgt.

Mich würde interessieren, also wenn man im Rahmen der Radoffensive versucht, eben dieses Problem auch anzupacken, wo dann dieser Radweg verlaufen sollte, weil wenn wir uns die Situation dort vor Augen rufen, haben wir ja einerseits dieses trennende Element Bahn ÖBB, was jetzt die Weichselbaumstraße betreffen würde, wo man sozusagen eine Unterführung vor vielen, vielen Jahren verabsäumt hat, zu machen. Dann hat man eben die Exerzierplatzstraße rauf verlaufend, wo man dann eine enge Unterführung hat, wo man im Endeffekt auch wohl keinen Radweg durchziehen kann. Dann hat man eben noch die Möglichkeit, bei der anderen Unterführung, bei der Ibererstraße, auch nicht wirklich diesen Radweg durchzuziehen. Wenn ich mir das jetzt so vorstelle, dass der Radweg von der Mur, sozusagen kommend, da in den Norden geführt werden soll, wo wird er dann verlaufen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Sie beschreiben schon eindringlich die Komplexität der Situation vor Ort. Ich kann nur verweisen auf die Gespräche der Verkehrsabteilung mit der zuständigen Abteilung des Landes. Man hat sich das angeschaut, ob man einen Mehrzweckstreifen machen kann, das heißt sozusagen die Kombination Fußgänger:innen und Radfahrer:innen. Dort ist es halt, wenn man das macht, fällt ein Großteil der Parkplätze, wie Sie schon befürchtet haben, würde fallen, sagen wir so, und ein sehr alter schützenswerter Baum. Man muss da wirklich die Interessenabwägung machen bzw. im Rahmen der Radoffensive schauen: wie kann man die Durchwegung oder die Durchlässigkeit

anderwärtig gewährleisten, das ist wie gesagt Gesamtplan und deswegen braucht es solche Pläne wie die Radoffensive oder auch den „Masterplan Gehen“, um genau diese grundlegenden prioritären Entscheidungen fällen zu können.

6.2 Frage 2: Aktueller Stand beim S-Bahn-Citytunnel (GR Mag. Pointner, NEOS, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

Gemeinderat Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Staatssenaten, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne und an den Endgeräten.

Ich bin sehr froh, dass zu dieser Frage die Grüne Jugend da ist, weil genau euch betrifft es ganz, ganz besonders, es geht nämlich um den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und um eine klimafitte Stadt in der Zukunft. Da haben wir im Jahr 2022 eine Sondersitzung gehabt im Gemeinderat, wo wir uns damit befasst haben, wie der öffentliche Verkehr denn so ausschauen soll in den nächsten Jahrzehnten und auch einen Grundsatzbeschluss gefasst zur Weiterentwicklung des öffentlichen Verkehrs. Seither ist aber nicht mehr sehr viel passiert, und dahin geht jetzt dann auch meine Frage. Es lohnt sich allerdings selbstverständlich einen Blick ein bisschen in die österreichische Nachbarschaft, da gibt es die Städte Wien, Linz und Salzburg, und die haben in letzter Zeit ganz konkrete Termine schon genannt, wo markante Projekte zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs stattfinden werden. In Wien zum Beispiel der S-Bahn-Ring, 2032 geht es da los. In Linz sogar schon früher, ein Ausbau der Regionalbahn der S-Bahn schon im Jahr 2028 und in Salzburg, das werdet ihr sicher auch verfolgen, die Lokalbahn-Line der S-Link ab 2025. Das ist natürlich alles extrem wichtig, besonders in Graz immer wieder auch hier besprochen, wegen der wirklich immer drängenden Pendlerproblematik. Wir wollen ja diese Sachen forcieren, damit

die Pendlerinnen und Pendler vom Umland nicht immer mit dem Auto hereinfahren, sondern ein attraktives Angebot haben, dass sie auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen. Das ist auch so beschlossen worden in unserem Grundsatzbeschluss und da gibt es besonders den Punkt, dass der S-Bahn-City-Tunnel als beste Lösung da dargelegt wurde. Ein Punkt dieses Beschlusses ist, dass dieser City-Tunnel auch in den strategischen Netzausbauplänen der ÖBB bzw. des Bundes eingebettet werden soll. Ebenso soll, da die konkrete Tunnelstrecke festgelegt werden und auch Fragen rund um die Anbindung, die durchaus dringend nötige Anbindung der Universität und des LKH an, so einen Citytunnel und eine neue S-Bahn-Lösung. Ja, wir beschließen heute wahrscheinlich wieder den „Masterplan Gehen“. Auch vorher ist es wieder ums Gehen gegangen, ich finde, es sollte auch in dieser Stadt, um sie klimafitt zu machen, vielmehr auch um den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs gehen und deshalb meine

Frage

an Sie, werte Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin, zu welchen Ergebnissen sind Sie bzw. die Mitglieder der Steuerungs- und Arbeitsgruppe S-Bahn im Jahr 2023 in Bezug auf die Einbettung der konkreten Streckenführung des S-Bahn-City-Tunnels in die strategischen Netzausbaupläne der ÖBB gelangt?

Originaltext der Frage:

Neben der „Bauwut“ und der damit einhergehenden Flächenversiegelung prägt der Ausbau des öffentlichen Verkehrs die mittlerweile jahrelange Diskussion über eine klimafitte Zukunft für Graz. Damit ist Graz nicht allein. Auch Wien, Linz und Salzburg führen diese Diskussion, wobei diese Städte im Bereich des überregionalen Ausbaus des öffentlichen Verkehrs im vergangenen Jahr einige Fortschritte erreichen konnten. In der Hauptstadt Wien ist die Erweiterung des S-Bahn-Rings bereits in vollem Gange. Ein möglicher Baustart wird dort für das Jahr 2032 in Aussicht gestellt (vgl.: <https://www.derstandard.at/story/3000000199855/umsetzung-des-wiener-s-bahn-rings-fruehestensab-2032-ein-thema>). In Linz wird gegenwärtig die Einführung einer

Regionalbahn intensiv geplant, wobei derzeit von einem Baustart im Jahr 2028 ausgegangen wird. Und in Salzburg soll die Lokalbahnlinie (S-Link) ab 2025 ausgebaut werden (vgl.: <https://www.sn.at/salzburg/politik/salzburglinz-werfaehrtzuerst-schienen-151143181>). Diese Initiativen bringen eine Vielzahl an nachhaltigen Aspekten mit sich. Die Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen Städten und ihrem Umland ist ein wesentlicher Punkt dieser Projekte. Zudem tragen sie bedeutend zur Reduzierung des Straßenverkehrs bei, was eine positive Auswirkung auf die Umwelt hat. Zusätzlich wird die Ausweitung des Bahnnetzes zu einer spürbaren Verbesserung für die Pendlerinnen und Pendler führen. Doch wann in Graz mit einem Baustart des S-Bahn-Citytunnels zu rechnen ist, steht in den Sternen. Nachdem der Grazer Gemeinderat im Jahr 2022 in einer Sondersitzung die Wichtigkeit des Ausbaues des öffentlichen Verkehrs unterstrichen hat, wurde im vergangenen Jahr zwar die sogenannte "Weichenstellung für die Weiterentwicklung des Öffentlichen Verkehrs" (vgl.: A10/8- 005376/2020/0006) beschlossen, doch seitdem ist es wieder sehr still darum geworden. Dabei wurden mit der Weichenstellung konkrete Beschlüsse gefasst, die ein rasches Vorankommen ermöglichen sollten: In Abstimmung zwischen Stadt, Land und Bund/ÖBB, sollte der S-Bahn-Tunnel inkl. der Zulaufstrecken und dem Ausbau der Bestandsstrecken für den S-Bahnbetrieb in die strategischen Netzausbaupläne der ÖBB bzw. des Bundes eingebettet werden (Antragspunkt 3) und es sollte eine gemeinsame Steuerungs- und Arbeitsgruppe S-Bahn aus Vertretern der Stadt Graz, dem Land Steiermark und dem Bund/ÖBB eingerichtet werden, die sich mit der generellen Planung und dem Ausbau der S-Bahnstrecken im Grazer Stadtgebiet und dem Zentralraum befasst (inkl. Nahverkehrsknoten und dem Ausbau der P&R-Anlagen). Diese sollte zudem die konkrete S-Bahn Tunnelstrecke, die Festlegung der Portale sowie die Fixierung und Anbindung der zusätzlichen Nahverkehrsknoten erarbeiten - im speziellen sollten der unterirdische Durchgangsbahnhof der GKB im Bereich des HBF, die Möglichkeit einer Einbindung der Südbahn von Norden kommend in den unterirdischen Durchgangsbahnhof HBF nach Osten und eine Anbindung der

Universität und des LKH mit dem Med. Uni Campus geprüft werden (Antragspunkt 4). Für uns NEOS ist klar, dass die Stadt Graz mit dem Bau eines S-Bahn-Citytunnels schnellstmöglich eine überregionale Verkehrslösung schaffen muss, um den Herausforderungen der Zukunft bestmöglich zu begegnen. Doch während Wien, Linz und Salzburg im vergangenen Jahr maßgebliche Schritte zum Ausbau ihrer Verkehrsnetze gesetzt haben, ist von Ihrer Stadtregierung in Bezug auf eine überregionale Verkehrslösung - mit Ausnahme der Debattenbeiträge zum Ausbau der A9 - nichts zu hören. Wie befürchtet scheint Graz im Rennen der Landeshauptstädte, um ein zukunftsfittes öffentliches Verkehrsangebot, den Anschluss zu verlieren und deshalb stelle ich namens der NEOS Gemeinderatsfraktion gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat folgende

Frage:

Zu welchen Ergebnissen sind Sie bzw. die Mitglieder der Steuerungs- und Arbeitsgruppe S-Bahn im Jahr 2023 in Bezug auf die Einbettung der konkreten Streckenführung des S-Bahn-Citytunnels in die strategischen Netzausbaupläne der ÖBB gelangt?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke für die Frage, Herr Kollege, ich könnte es nicht besser als Sie, die Relevanz des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs zusammenzufassen, auch die Klimarelevanz. Ich glaube, das eint uns. Das Ziel, wir haben auch die Mobilitätsziele für die Stadt Graz gemeinsam hier einstimmig beschlossen, wir wollen 2040, 80 % im Umweltverbund haben an Mobilitätsverhalten, das heißt, bei den Öffis im Radverkehr und im Zu-Fuß-Gehen und 20 % MIV. Dazu war nicht nur der Beschluss der Klimaziele für die Stadt Graz relevant, sondern eben auch der von Ihnen erwähnte Mobilitätsplan 2040 und natürlich der Grundsatzbeschluss zur strategischen Ausrichtung und zum weiteren

Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Wenn wir im Mai 2023, und es freut mich nach wie vor, dass wir das einstimmig geschafft haben in einem langen, intensiven Prozess. Diese Einstimmigkeit war wichtig, damit das Land Steiermark diesen Grundsatzbeschluss auch entsprechend ernst genommen hat. Wir haben, wie gesagt, im Mai 2023 das beschlossen und im Herbst 2023 haben dann auch die fachlichen Gespräche begonnen von Seiten der ÖBB mit der Abteilung für Verkehrsplanung und der Stadtbaudirektion. Diese Gespräche laufen, gemeinsam mit der ÖBB Infrastruktur AG und Land Steiermark, der Prozess heißt Perspektive S-Bahn-Tunnel Graz. Es laufen schon die ersten Arbeitsschritte und Treffen. Es gibt einen wechselseitigen Austausch, mit vorliegenden Grundlagen, die wir ja alle auch zur Verfügung gestellt haben, mit Beschlusslagen, mit Vorstudien, die ja erfolgt sind und zu einem geeigneten Zeitpunkt habe ich mir sagen lassen, weil ich nicht in dieser Arbeitsgruppe bin, das ist eine fachliche Arbeitsgruppe eben auf der, wie erwähnten, Ebene. Nach Rücksprache und Freigabe durch die ÖBB wird die Abteilung für Verkehrsplanung im zuständigen Verkehrsausschuss, wo sie auch immer zu Gast sind, gerne zeitgerecht einen Statusbericht geben.

Gemeinderat Mag. **Pointner**:

Also ich darf zusammenfassen, es gibt noch keine konkrete Einbettung in den Netzplan der ÖBB, wenn ich das richtig verstanden habe. Trotzdem, die Nachfrage: Wann ist aus heutiger Sicht mit einem Baustart und einer Inbetriebnahme des Grazer S-Bahn-Tunnels zu rechnen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Ich kann der komplexen Vorarbeit der erwähnten Abteilungen nicht vorgreifen. Ich kann nur zusichern, dass diese Prozesse laufen, dass es ein großer Prozess ist, in den

ÖBB-Rahmenplan zu kommen, dass für uns der Grundsatzbeschluss ein wesentlicher Teil dafür war, um die Basis zu schaffen und eben diese Gespräche laufen, intensivst und wir werden zeitgerecht bzw. die daran Beteiligten, für die Stadtbeteiligten, wie Abteilungsleiter Wolfgang Feigl, der auch da ist, werden entsprechend und zeitgerecht darüber berichten. Ich kann Ihnen versichern, dass mir das genauso wichtig ist wie Ihnen.

6.3 Frage 3: Zukunft KiStL (KO GRⁱⁿ Braunersreuther, Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH), KPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)

KO GRⁱⁿ **Braunersreuther**, Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH):

Sehr geehrte zahlreiche Zuseher:innen hier und hoffentlich auch zu Hause, sehr geehrte Kolleg:innen, sehr geehrter Herr Stadtrat, ich stelle Ihnen eine Frage zu einem altbekannten und leider immer wieder hier vorkommenden Thema, nämlich dem KiStL-Hinterhoftheater, die ich zunächst gleich mal mit einem Dank und einem Lob beginnen möchte.

Wie wir alle wissen hier, also die schon länger im Gemeinderat sind und auch in dieser Periode ist es schon immer wieder vorgekommen, das KiStL-Hinterhoftheater in der Rechbauerstraße ist ja vom Abriss bedroht schon seit langer Zeit, seitdem es einen Bebauungsplan für dieses Hofareal gibt, der sehr umstritten war und eigentlich auch noch ist. Fakt ist, dass er beschlossen ist und seit Kurzem ist jetzt auch bekannt, dass das KiStL definitiv nicht mehr gerettet werden kann, weil auch das Prekarium, dafür auch der Dank an den Kulturstadtrat Riegler, für das er sich sehr eingesetzt hat, also das KiStL durfte übergangsweise wirklich bis zum Baustart noch in dem Gebäude bleiben, auch mietkostenfrei dortbleiben. Das war wirklich eine große Hilfe für das Theater. Das ist jetzt zum 1. Februar offiziell beendet worden. Allen Initiativen zum Trotz, es ist zum Beispiel versucht worden, noch einmal an den Denkmalschutz

heranzutreten, der eigentlich 2008 für dieses Gebäude leider aufgehoben wurde. Man hat jetzt festgestellt, dass künstlerisch wertvolle Graffiti dort angebracht sind, aus den 1960er-Jahren von Godwin Ekhart, einem Grazer Künstler, der damals einer Gruppe der Sezession zugeschrieben werden kann, ist der Denkmalschutz nicht wiederhergestellt worden, das heißt, der Abriss ist jetzt fix. Es ist aber nicht nur das Gebäude von außen so schön, dieses Flair, dieses KiStL-Hinterhoftheater hat auch immer die Einrichtung ausgemacht. Das waren vor allem die historischen Kinostühle, die unglaublich bequem waren. Wer jemals dort war, wird das bestätigen können, obwohl es sich um ausklappbare Holzessel handelt, die nicht zum Auseinandernehmen sind, also die wirklich langen Reihen von vier Metern bilden, und die müssen jetzt natürlich relativ schnell raus und irgendwo untergebracht werden. Deswegen, obwohl ich weiß, muss ich sagen von den KiStL-Betreiber:innen, dass sie schon erste Versuche unternommen haben, mit der BEVO, die dort bauen wird, zu sprechen bezüglich eines Lagers, stelle ich Ihnen noch einmal hier offiziell die

Frage:

Sind Sie als Kulturstadtrat bereit, die KiStL-Betreiber:innen bei der Suche nach Räumen zur Lagerung des Mobiliars zu unterstützen, aber auch nach Räumen zur weiteren Aufführung ihres Programms, das ja nun schon zumindest für 2024 in Gänze geplant ist.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Kulturstadtrat Riegler, nach langer Zeit des Prekariats aufgrund eines Bebauungsplanes im Hof der Rechbauerstraße 63a, hat das KiStL-Hinterhoftheater nun die endgültige Kündigung zum 1.2.2024 für seine langjährige Spielstätte erhalten. Seit 1994 wurden in dem schmucken Häuschen niveauvolle Boulevardstücke, Komödien, Krimis und Klassiker der Theatergeschichte geboten. Das Publikum schätzte an dem Theater nicht allein das hochwertige Programm, sondern auch das besondere Ambiente der liebevoll gestalteten Spielstätte in dem ruhigen, grünen Hof. Das in den

1870er-Jahren errichtete Häuschen stand lange Zeit unter Denkmalschutz, bevor dieser 2008 vom Bundesdenkmalamt aufgehoben wurde. Eine erneute Unterschutzstellung wurde auch nicht gewährt, als herausgefunden wurde, dass die beiden Sgraffiti neben dem Eingang Godwin Ekhart (auch Eghart) zugeschrieben werden können – einem Mitbegründer von Günter Waldorfs „Junger Gruppe“, einer Abspaltung der Grazer Sezession. Der Innenraum des vormals zunächst als Probebühne und dann als Lager der Städtischen Bühnen genutzten Hauses wurde von dem Ensemble liebevoll gestaltet. Das Flair des Interieurs bestimmten die alten und dennoch bequemen Holzsitze, die aus einem Kino übernommen wurden. Nun muss das Theater mit all seiner Einrichtung weichen. Neben Spielorten, an denen das bereits vorbereitete Programm präsentiert werden soll, suchen die Betreiber:innen Orte, an denen sie die sperrigen Möbel, Bühnentechnik und Kostüme unterbringen können. Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich Ihnen daher die

Frage:

Sind Sie als Kulturstadtrat bereit, die KiStL-Betreiber:innen bei der Suche nach Räumen zur Lagerung des Mobiliars sowie zur Aufführung des Programms zu unterstützen?

Stadtrat Dr. **Riegler:**

Geschätzte Frau Braunersreuther, sehr geehrte Damen und Herren, ich würde überhaupt raten, dass wir uns ein bisschen kürzer fassen bei den einleitenden Bemerkungen, denn sonst kommen nicht so viele Leute dran.

Ich mache es kurz, ich habe mich wirklich sehr bemüht darum, dass wir für das KiStL über zweieinhalb Jahre lang eine Verlängerung bekommen haben, bei der Gelegenheit danke an den Reinhard Herzog und an das Team von der BEVO, die sich ja einiges

durchlesen haben müssen auf Facebook, an Kritik, an den ach so bösen Bauträgern. Die waren sehr großzügig und haben da sehr geholfen.

Ihr Engagement für das KiStL in Ehren, liebe Frau Braunersreuther, ich muss Ihnen nur sagen, es gibt ca. 1000, 1200 Institutionen in Graz, die Kunst und Kultur betreiben, und wenn Sie sich jetzt bei jeder einzelnen in der Fragestunde dafür reinhängen, dass ich jetzt Immobilien suchen soll, dann wird sich erstens Ihr Kollege Eber sehr bedanken, zweitens der Kollege Finanzdirektor Müller, denn es ist nun einmal so, dass wir als Stadt Graz, als Kulturabteilung, gerade von Ihnen und von ihren Fraktionen in den letzten Sitzungen gesagt bekommen haben, es ist kein Geld da, wir haben kein Budget, das und das ist nicht darstellbar und jetzt kommen Sie laufend mit Aufträgen, was wir nicht alles zusätzlich tun sollen. Glauben Sie mir, es hätte diese Frage in der Fragestunde nicht gebraucht, ich bin in einem guten, regelmäßigen Austausch. Ich kümmere mich um alles und ich darf Sie gleich bitten, rufen Sie einfach Ihren Kollegen Eber an, der ist für die Immobilien zuständig, die Stadt Graz hat eine ganze Reihe von Immobilien und ich bin sicher, da findet sich was an Lagermöglichkeiten. Ich möchte nur noch einmal sagen, es gibt circa Hunderte, Aberhunderte Institutionen, die alle ein Raumproblem haben. Denken Sie nur an Chöre, denken Sie nur an Orchester. Ich habe so gut wie jedes Monat einmal einen Besuch von einer Kultureinrichtung, die zu mir kommt und sagt, Herr Stadtrat, können Sie mir nicht helfen, dass wir irgendwo Lagerräumlichkeiten für Schlagwerk, für Klavier, für was auch immer schaffen. Ich würde Sie daher höflich bitten, reden wir uns das so aus, dann müssen wir nicht jedes Mal die Fragestunde benutzen und ja, selbstverständlich, ich bin mit der Frau Pauritsch in Kontakt und ich helfe gerne und werde mich bemühen, aber bitte schön, tun wir nicht jetzt den Leuten einreden, dass das Kulturamt jetzt dauerhaft bei jeder Raumsuche helfen kann.

KO GRⁱⁿ **Braunersreuther**, Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH):

Also ich dachte mal, die Fragestunde ist genau für so etwas da, so steht es eigentlich in der Geschäftsordnung, dass solche Fragen da gestellt werden können, weil das ja auch Fragen sind, die die Öffentlichkeit interessieren. Sie hätten mir auch auf meine Frage antworten können, nämlich, die möchte ich noch einmal stellen: Was tun Sie oder tun Sie was, um bei der Suche nach Räumen zur Lagerung des Mobiliars zu unterstützen und ich habe nicht gefragt nach der Suche von neuen Räumlichkeiten generell, sondern nach der Suche zur Aufführung des Programms, das sind ja Sie in regelmäßigem Austausch mit vielen kleinen Theatern, die vielleicht für die eine oder andere Zeit mal nichts gebucht haben und ich hatte eigentlich eher an informelle Hilfen über das Kulturamt, über Ihre Fachkompetenz gehofft und hatte mir erhofft, dazu Auskunft zu erhalten. Da wäre ich sehr dankbar, wenn Sie das nachliefern könnten.

Stadtrat Dr. **Riegler**:

Zusatzfrage gestellt?

KO GRⁱⁿ **Braunersreuther**, Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH):

Ja, das ist die Zusatzfrage.

Stadtrat Dr. **Riegler**:

Wie lautet die Zusatzfrage?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bitte, die Zusatzfrage ist, ob Sie Räumlichkeiten für die Möbel des KiStLs haben, wenn ich Sie richtig vernommen haben.

Stadtrat Dr. **Riegler**:

Also das ist keine Zusatzfrage, die Frage habe ich ja beantwortet. Ich habe ja genau auf den Lagerbedarf geantwortet und ich habe gesagt, ja, ich helfe sehr gerne und werde helfen und ich bitte im Übrigen gleich den Kollegen Manfred Eber und die Immobilienabteilung um Unterstützung. Ich bin sicher, wir finden da was.

6.4 Frage 4: Unterführung Josef-Huber-Gasse („Am Steinfeld“) (GR Huber, ÖVP, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

Gemeinderat **Huber**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, vielen Dank für die Möglichkeit einer Frage. Um das kurz zu machen, es geht bei meiner Frage um die Unterführung Josef-Huber-Gasse, die ja einen wichtigen Bestandteil des Projektes Reininghaus und die weitere Erschließung auch im Hinblick auf die Bruttogeschossfläche, wo wir, glaube ich, schon ziemlich am Anschlag sind. Da es da ja immer wieder zu unterschiedlichen Aussagen seitens der Koalition kommt, stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, folgende

Frage:

Wie sehen die derzeitigen Planungen der Koalition zum Projekt Unterführung Josef-Huber-Gasse aus?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Da dieses Projekt einen wichtigen Bestandteil des Projektes Reininghaus darstellt und es in der jüngeren Vergangenheit immer wieder unterschiedliche Aussagen zu diesem Projekt seitens der Koalition gegeben hat, stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin, folgende

Frage:

„Wie sehen Ihre derzeitigen Planungen zum Projekt „Unterführung JosefHuber-Gasse“ („Am Steinfeld“) aus?“

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke für die Frage. Ich wüsste nicht, wo es unterschiedliche Aussagen zum Josef-Huber-Tunnel seitens der Koalition gegeben hätte. Die Aussagen sind, glaube ich, relativ eindeutig und eigentlich immer die gleiche, dass wir alle keine Freude haben mit der Josef-Huber-Unterführung. Ja, sie ist ein Projekt, das hier im Gemeinderat beschlossen wurde, die auch rechtlich bindet ist für die Aufschließungserfordernisse des Gebietes, das haben Sie schon erwähnt. Trotzdem haben wir keine Freude damit, weil sie zum einen die Unterführung, die Klimaziele der Stadt Graz konterkariert, die Mobilitätsziele der Stadt Graz konterkariert und wir in der Zwischenzeit, in den letzten eineinhalb Jahren, wir uns intensiv bemüht haben, den Bau dieser Unterführung abzuwenden, indem wir Gutachten erstellen haben lassen, zum einen, ob es juristische Möglichkeiten gibt, da rauszukommen. Zum anderen, welche Mobilitätsstrategien es braucht, um andere Maßnahmen zu setzen, die diese Unterführung ersetzen würden. Wir haben Gespräche geführt mit dem Land, ob das überhaupt möglich ist, aufgrund des vorgegebenen Rahmenvertrags und auch, wir sind im guten Einvernehmen oder in guten Gesprächen mit der Marienhütte.

Ich halte fest an dem Vorhaben, diese Unterführung nicht zu bauen, weil sie auch nicht einmal budgetiert ist. Ich möchte darauf hinweisen, dass wir jetzt dieses Projekt aus der Vergangenheit übernehmen mussten und das quasi beschlossen ist, aber die Budgetierung nie mitgegeben wurde, die 35 Millionen, die diese Unterführung kosten würde, wurden leider immer wieder für anderes verbraucht. Offensichtlich in der Vergangenheit durch die Vorgängerregierung, das bestätigt uns auch der Stadtrechnungshof. Ich möchte weiter daran festhalten. Wir müssen nur aufgrund der eben juristischen Situation oder rechtlichen Situation jetzt noch festhalten an dem Projekt und erste Schritte setzen und daher heute im Gemeinderat dieses Stück, das vorliegt.

Gemeinderat **Huber**:

Vielen Dank, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Verstehe ich Sie richtig? Sie möchten diese Unterführung unter keinen Umständen bauen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Sie verstehen mich richtig, dass wir alles weiterhin versuchen werden, mit allen Kräften den Bau der Unterführung zu verhindern. Ich kann nicht gewährleisten, dass es so weit kommt, weil die Situation rechtlich und auch von der Verkehrssituation her eine sehr, sehr schwierige ist, aber wir werden uns bemühen darum.

Ich möchte noch einmal hinweisen darauf, dass die finanzielle Situation, dass es in jedem Fall billiger kommt, als die 35 Millionen dafür zu verbrauchen, die wir nicht haben, wir Klimaziele haben, die dem widersprechen und auch Mobilitätsziele. Wir wissen, dass eine Unterführung wie diese mehr Verkehr anzieht, mehr MIV in die Stadt führt und das möchte ich so weit als möglich verhindern.

6.5 Frage 5: Adventmärkte (GR Slama, Grüne, an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)

Gemeinderätin **Slama**:

Liebe Zuhörende, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Menschen auf der Galerie und alle, die zuhören. Herr Stadtrat, das erste Mal eine Frage an Sie. Und zwar, der Wiener Silvesterpfad hat dieses Jahr nach Weihnachten noch über 800.000 Besucher:innen verzeichnen können und war bei Wiener:innen sowie Tourist:innen gleichermaßen beliebt. In Graz haben wir auch neue Rekordzahlen gehabt, diesen Advent, an der Besucher:innenfrequenz der Innenstadt. Bei uns ist leider am 25. auch schon Schluss mit den Adventmärkten, leider, obwohl genau da sehr stark frequentierte Tage wären in der Innenstadt, also vor allem vom 27. bis zum 31., mit dem 27. als einer der stärksten Tage für den Handel auch. Deswegen wäre es da natürlich eine gute Idee, wenn man sagen würde, man könnte diesem Stadtbummel für eine Punschpause unterbrechen, man könnte da auch den Standbetreibern noch ein Extrataschengeld fürs nächste Jahr mitgeben. Da wir aber, natürlich auch ich selbst als Innenstadtbewohnerin, jetzt nicht den ganzen Trubel für immer weiter haben müssen, wäre die Idee, einzelne Adventsmärkte, anbieten würden sich da zum Beispiel das Joanneumsviertel oder der Schlossberg, länger offen zu halten, damit wir hier auch ans Wiener Modell ein bisschen anknüpfen können.

Daher die

Frage,

entsprechend dem Motivbericht, sind Sie bereit, eine Verlängerung von Adventmärkten an ausgewählten Standorten bis zum 31.12., angelehnt an das Wiener Modell für die Saison 2024, zu prüfen?

Originaltext der Frage:

*Der Wiener Silvesterpfad konnte 2023 800.000 Besucher*innen verzeichnen und war damit sehr gefragt bei Wiener*innen und Tourist*innen. Doch schon in der Woche bis zum 31. Dezember konnten die ausgewählten Stände Besucher*innen anlocken. Auch in Graz brachte der Advent neue Rekordzahlen bei der Besucher*innenfrequenz der Innenstadt, doch in Graz ist mit dem 25. Dezember schon Schluss, obwohl genau die Tage nach den Weihnachtsfeiertagen (27.12. bis 31.12) stark frequentiert und eine Punschpause vom Stadtbummel Besucher*innen und Standlbetreiber*innen gleichermaßen entzücken würde. Da natürlich auch die Bewohner*innen der Innenstadt entzückt sein sollen und die generelle Verlängerung der Adventmärkte über das Ziel hinausschießen würde, wären ausgewählte Standorte zielführend. Einzelne Adventmärkte, etwa im Joanneumsviertel oder am Schlossberg würden sich anbieten, da es hier zu keiner Störung von Anrainer*innen kommen würde, die Standorte aber sehr ansprechend und attraktiv sind. Daher stelle ich, auf Basis dieses Motivberichtes, folgende*

Frage:

Sind Sie bereit, eine Verlängerung von Adventmärkten an ausgewählten Standorten bis zum 31.12., angelehnt an das Wiener Modell, für die Saison 2024 zu prüfen?

Stadtrat Dr. **Riegler:**

Geschätzte Gemeinderätin Slama, freut mich sehr, dass Sie einerseits dieses wichtige Thema thematisieren, nämlich den Grazer Advent. Vor circa 20 Jahren, nämlich war der Dezember einer der schwächsten Monate im Jahreskreislauf für den Grazer Tourismus, mittlerweile ist er einer der stärksten. Ich werde nächste Woche, ich will noch nichts anteausern, aber wir werden nächste Woche die Tourismuszahlen des vergangenen Jahres präsentieren und Sie können sich jetzt schon darüber freuen, dass

es ein All-Time-High gegeben haben wird, auch im Dezember vergangenen Jahres. Warum ich das sage, ist, weil es tatsächlich sehr viele Bemühungen gibt und auch sehr viel Geld in den Advent hineingesteckt wird. Ungefähr, kann man so größenordnungsmäßig sagen, gibt die Stadt oder gab es in den vergangenen Jahren ca. 700.000 Euro aus pro Jahr, ungefähr, für die gesamte Adventdekoration. Das Teuerste dabei sind natürlich die Hängungen der Lichtgirlanden, aber eben auch die ganzen Stände aufstellen, wieder abmontieren, säubern, reinigen, etc. Und daher ist es uns auch ein sehr wichtiges Anliegen, dass das Gut weiter in die Zukunft geführt wird, inklusive übrigens Eiskrippe, die Ihnen ja auch ein Anliegen ist. Wir haben mit einigen Stadtbetreibern in der Vergangenheit auch schon darüber gesprochen, was jetzt die Verlängerung über Weihnachten hinaus betrifft. Das Interesse war, sage ich mal, leicht verhalten, mäßig. Gerade beim Verkauf von Weihnachtsgeschenken zum Beispiel ist jetzt nicht zu erwarten, dass das jetzt groß weitergeht. Der gute Schluck Punsch, das ist durchaus weiterhin ein Thema. Es hat auch in der Vergangenheit zwei Märkte gegeben, die länger offengehalten haben. Das eine ist am Kapistran-Pieller-Platz, also dort bei der kleinen Neutorgasse, und es kann durchaus sein, das ist vielleicht auch gleich ein Ausblick auf Künftiges, wir haben derzeit gerade die Ausschreibung laufen, für die Konzession für das nächste Jahr und für die nächsten Jahre. Da werden wir 17 einzelne Lose vergeben, und da ist es durchaus denkbar, dass dann einzelne die Möglichkeit haben, zu sagen, sie machen über Weihnachten hinaus. Insgesamt freue ich mich, dass wir uns alle gemeinsam dafür einsetzen, und wünsche ich jetzt schon allen Besucherinnen und Besuchern einen schönen Advent 2024.

Gemeinderätin **Slama**:

Danke schön. Da kommt eh nur eine ganz kurze Zusatzfrage, und zwar: Es ist ja dieses Jahr die Verbreiterung, also auch in die Schmidgasse passiert. Ist da zuvor auch schon

eine Überlegung gegangen, stattdessen quasi eine Verlängerung zu machen, oder war das unabhängig davon?

Stadtrat Dr. **Riegler**:

Sie sprechen da auf diese barrierefreien Stände an, diese Lounge, wie man so schön sagt, in der Schmidgasse, die ja durchaus gut eingeschlagen hat, im positiven Sinne. Nämlich, dass wirklich viele Menschen die besucht haben. Wir sind da noch am Gestalten, das Problem ist, wie Sie ja wissen und wie auch die Frau Vizebürgermeisterin weiß, dass es natürlich auch das Problem, wie immer, gibt, Begegnung Fußgänger-Radfahrer. Eine gewisse Enge ist gegeben, vor allem, wenn viele Leute hinkommen, also das muss man sich sehr genau anschauen. Möglicherweise werden wir es ein bisschen verkleinern, aber grundsätzlich hätte ich vor, weiterhin auch in der Schmidgasse diese Lounge offen zu halten.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke auch, vor allem hat es auch, das ergänze ich nur noch, weil es gut dazugehört, viele Meldungen geben, dass man den Weihnachtsbaum länger stehen lassen sollte. Das werden wir prüfen, aber man muss halt immer schauen, ob das mit den Auf- und Abbauarbeiten dann zu Silvester möglich ist, falls Sie auch solche Rückmeldungen bekommen haben.

6.6 Frage 6: GKB – Informationsveranstaltung (GR Mag. Winter, KFG, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

Gemeinderat Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Vizebürgermeisterin, der Ausbau der GKB ist ein brisantes Thema, insbesondere im Grazer Westen. Viele Bürger fühlen sich uninformiert, wissen nicht genau, wie die ganze Lage und das ganze Projekt umgesetzt werden soll.

Wir haben das Thema bereits im September des letzten Jahres aufgegriffen, haben eine Anfrage an die Frau Bürgermeisterin gerichtet, am 21. September bereits, bis heute ist die Anfrage leider unbeantwortet geblieben. Nämlich: inwiefern eine Umweltverträglichkeitsprüfung, aber auch Einflussmöglichkeiten von Seiten der Stadt Graz bestehen und wie sich diese Einflussmöglichkeiten auf die Genehmigung von dem Projekt auswirken könnten. Ja, dann hat es diese berühmt-berüchtigte sogenannte Informationsveranstaltung gegeben, die eigentlich den Namen nicht wirklich zurecht trägt. In weiterer Folge ist von unserer Seite im Oktober ein Dringlichkeitsantrag gestellt worden, nämlich, dass man erneut an die GKB herantritt, dass es erneut eine Informationsveranstaltung gibt, die dem Namen auch würdig ist und wo die Bürger auch wirklich Informationen erlangen können.

Was ist bis dato passiert? Leider Gottes, wie es aussieht, nichts. Am 6.12. des vergangenen Jahres haben wir erfahren, dass Sie erstmals an die GKB herangetreten sind, wie man organisatorisch eine dementsprechende Veranstaltung abhalten wird. Es war ein Dringlichkeitsantrag und die Dringlichkeit wird von Ihnen scheinbar nicht besonders ernst genommen bzw. muss ich schon das so interpretieren, dass es eine gewisse Ignoranz auch diesem Gremium und den Bürgern gegenüber ist, wenn man hier nicht rascher die dementsprechenden Dinge, die doch recht leicht zu organisieren sind, in Angriff nimmt. Meine konkrete

Frage

ist, haben Sie bereits einen genauen Termin oder sonstige Informationen für Informationsveranstaltungen zum geplanten GKB-Ausbau erhalten?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin! Bereits in der September Gemeinderatssitzung stellten wir eine Anfrage an die Bürgermeisterin zum geplanten Ausbau der GKB mit Fragen zur Umweltverträglichkeitsprüfung sowie Einflussmöglichkeiten der Stadt im Zeitraum vor bzw. nach Genehmigung der Maßnahmen. Darauf folgend, und nach der beinahe schon fast dilettantisch veranstalteten Informationsveranstaltung der GKB, stellten wir zudem bei der Gemeinderatssitzung im Oktober den Dringlichen Antrag, die Stadt Graz möge sich dafür einsetzen, eine erneute und für alle Bürger sinnvolle Informationsveranstaltung abzuhalten. Zur Erinnerung: Dieser Dringliche Antrag wurde einstimmig mit den Stimmen aller im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien angenommen! Bis dato fand diese Veranstaltung allerdings nicht statt: Erst nach mehrmaliger Urgenz wurde uns schlussendlich am 06.12.2023 mitgeteilt, dass man (Vizebürgermeisterin Mag. Judith Schwentner) an die GKB mit der Bitte eine neuerliche Veranstaltung abzuhalten herangetreten ist. Die dadurch öffentlich gewordene, absolut „nicht dringliche“ Behandlung dieses einstimmig beschlossenen Dringlichen Antrags lässt doch am Willen und an der Unterstützung der Stadtkoalition für die vom GKBAusbau betroffenen Bürger zweifeln, denn laut uns vorliegendem Mailverkehr wurde die GKB erst am 06.12.2023 kontaktiert! Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin, namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:

Haben Sie bereits einen genauen Termin oder sonstige Informationen zur Informationsveranstaltung zum geplanten GKB-Ausbau erhalten?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Werter Herr Gemeinderat, ich würde gerne einmal diesen Vorwurf der Ignoranz vehement zurückweisen wollen. Wir haben schon damals den dringlichen Antrag sehr ernst genommen, vor allem auch den Inhalt. Wir haben alle gemeinsam gesehen und viele erlebt, dass diese Informationsveranstaltung enden wollend, zufriedenstellend war im Ablauf, aber Sie wissen genauso gut wie ich, dass das ein Projekt oder Projekte der GKB sind und wir da bedingt Einfluss darauf haben. Wir sind, aber natürlich vor allem unsere Dienststellen, die Büros, die Fachabteilungen der Stadt, in intensiven Austausch mit dem GKB, weil ja alle diese Projekte, die Elektrifizierung und der Ausbau, ja, große Auswirkungen haben auf das Grazer Stadtgebiet und wie Sie sagen, zu Recht sagen, auf die Grazer Bevölkerung. Daher sehe ich, so wie Sie, dass die Grazer Bevölkerung ein Recht darauf hat, gute Informationen zu bekommen. Deswegen haben wir auch noch einmal das urgiert, im Zuge des Dringlichen Antrags gebeten.

Es ist ein Schreiben der GKB an uns gekommen, dass es großes Verständnis für den erhöhten Informationsbedarf der Bevölkerung gibt. In der Antwort war auch, dass viele Fragestellungen davon bereits öffentlich über Medien, über die Projektseite, in Aussendungen und so weiter erfolgt sind. Dass man aber mit dem neuen zukünftigen Infrastrukturbetreiber, nämlich mit den ÖBB und möglicherweise gibt es da jetzt einen Abstimmungsbedarf zwischen GKB und sozusagen neuer Infrastruktur der ÖBB-Infra, dass da die Informationsveranstaltung neu aufgesetzt werden muss. Kann ich nicht beeinflussen und habe auch nicht ganz den Einblick? Was uns aber zugesagt wurde bzw. angeboten wurde, ist, dass die entsprechenden Zuständigen auch mal in den Verkehrsausschuss des Gemeinderats kommen, eine der nächsten Sitzungen und uns darüber informieren und dass entsprechende Informationen zeitnah an die Bürgerinnen und Bürger erfolgen.

Gemeinderat Mag. **Winter**:

Zusatzfrage, ja. Über Worte lässt sich durchaus streiten. Sie werfen den Vorwurf der Ignoranz zurück und weisen den Vorwurf zurück. Dann bleiben wir lieber bei den Fakten. Fakt ist nämlich, dass es im Oktober diesen einstimmig gefassten Beschluss des Gemeinderats gegeben hat, in dem Sie aufgefordert worden sind, hier Initiativen zu ergreifen. Die konkrete Frage, weil für mich bleibt bis zu einem gewissen Grad das Ignorieren zumindest dieses Antrages bestehen: Wann haben Sie die ersten organisatorischen Schritte in Form von einer Kontaktaufnahme, sei es per Mail, sei es per Telefon, wie auch immer, getätigt?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Wir haben gesagt: Unsere Dienststellen und die Fachabteilungen, Büros sind im Austausch. Wir haben den Wunsch des Gemeinderats nach einer besseren Informationsveranstaltung weitergegeben. Wir haben eine Antwort bekommen, die ich Ihnen gerade übermittelt habe. Es gibt die Einladung bzw. das Angebot, in den Verkehrsausschuss zu kommen. Ich nehme an, dass wir das alle gerne wahrnehmen und das nehme ich auch gerne mit in weitere Gespräche mit der GKB.

6.7 Frage 7: Aktivierung von Angebot und Nachfrage an unbewohnten Wohnungen und leerstehenden Grazer Erdgeschoßzonen, statt neue Abgaben (GRⁱⁿ Reininghaus, NEOS, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf den Balkonen und liebe Zuseher zu Hause an den Livestreams. Seit 1. Oktober 2022 ist das steiermärkische Zweitwohnsitz- und Wohnungsleerstandsabgabegesetz in Kraft, das

die Gemeinden und Kommunen befugt, Leerstandsabgaben einzuheben. Das wird auch von vielen Gemeinden bereits so umgesetzt und das bringt auch den Kommunen einiges an Geld ein. So bringt zum Beispiel eine leerstehende 70 Quadratmeter Wohnung den Kommunen jährlich in etwa € 700,- ein.

Die Stadt Graz verzichtet darauf, Gott sei Dank. Ich bin ja völlig dagegen, dass wir zusätzliche neue Steuern einheben. Die Österreicherinnen und Österreicher zahlen genug Steuern, aber die Stadt Graz verzichtet auf die Einhebung der Abgabe und will oder wollte vorerst einmal gesicherte Daten schaffen. Dazu hat die Koalition am 16. März 2023 beschlossen, das Personal der Grazer Vizebürgermeisterin aufzustocken, damit sie die Ressourcen hat, um valides Datenmaterial überhaupt zu generieren. In einem Interview am 28. Februar des letzten Jahres haben Sie, Frau Vizebürgermeisterin, bekannt gegeben, dass mit Ergebnissen aus diesem Prozess nicht vor 2024 zu rechnen sein wird. Wir schreiben jetzt das Jahr 2024. Nach wie vor wird in Graz heftig gebaut, obwohl eigentlich gar nicht bekannt ist, wie viele Wohnungen oder Erdgeschossladen tatsächlich leer stehen. Es gibt aber schon erste Zahlen von zwei Pilotprojekten zur Wohnbaustudie 2021 aus den Bezirken Geidorf und Jakomini, die uns da ein bisschen Licht auf die Sache werfen. Ausgewertet wurden die in den Jahren 2015 bis 2019 errichteten Neubauten, indem man das Melderegister mit den Stromverbrauchsdaten abgeglichen hat. Da kamen interessante Zahlen raus. Es gibt also in Jakomini eine Leerstandsquote von 4 %, das entspricht konkret 53 Wohnungen. In Geidorf beträgt die Leerstandsquote sogar 16 %, das entspricht 164 Wohnungen. Also, das wären bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 70 Quadratmetern für die Stadt Graz rund € 170.000,- an Einnahmen. Wie gesagt, wir sind nicht dafür. Die Stadt Graz sollte eher mit Hauseigentümern ins Gespräch kommen und Anreize schaffen, anstatt Strafsteuern zu verhängen. Da Sie im Interview angaben, man werde auf Basis der Ergebnisse eine sozialgerechte Vorgehensweise konzipieren, interessiert es mich und uns NEOS. Ich stelle im Namen der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 16a der Geschäftsordnung folgende

Frage

an die Bürgermeisterin-Stellvertreterin Mag. Schwentner: Wie wollen Sie die Aktivierung von Angebot und Nachfrage an unbewohnten Wohnungen und leerstehenden Grazer Erdgeschosszonen sozial gerecht umsetzen, ohne eine Aufgabe an Leerständen einzuheben?

Originaltext der Frage:

Bekanntermaßen ist seit 1. Oktober 2022 das neue „Steiermärkische Zweitwohnsitz- und Wohnungsleerstandsabgabegesetz – StZWAG“ in Kraft. Dieses Gesetz befugt jede steirische Gemeinde eine so genannte „Leerstandsabgabe“ einzuheben, was bereits von zahlreichen Gemeinden zur Umsetzung kommt. So bringt beispielsweise eine leerstehende 70-QuadratmeterWohnung den Kommunen 700 Euro jährlich ein. Die Stadt Graz verzichtet auf die Einhebung einer Abgabe auf leerstehende Wohnungen und Geschäftsflächen und zieht es vor, vorerst gesicherte Daten zu beschaffen. Dazu hat die Koalition am 16. März 2023 beschlossen, das Personal der Grazer Vizebürgermeisterin Judith Schwentner aufzustocken und so die Ressourcen bereit zu stellen, um valides Datenmaterial zu generieren. In einem Interview vom 28.2.2023 gaben Sie bekannt, dass mit Ergebnissen aus diesem Prozess allerdings nicht vor 2024 zu rechnen sein wird (vgl.: https://www.meinbezirk.at/graz/cpolitik/erhebungen-ueber-leerstand-in-graz-erst-2024-fertig_a5896603). Nach wie vor wird in Graz heftig gebaut, obwohl nicht bekannt ist, wie viele Wohnungen/Erdgeschoßlagen tatsächlich leer stehen. Erste Zahlen zeigen zwei Pilotprojekte zur Wohnbaustudie 2021 aus den Bezirken Geidorf und Jakomini. Ausgewertet wurden die in den Jahren 2015 bis 2019 errichteten Neubauten, indem man das Melderegister mit den Stromverbrauchsdaten abgeglichen hat. Allein dabei kam man in Jakomini auf eine Leerstandsquote von 4% (53 Wohnungen), in Geidorf sogar von 16% (194 Wohnungen). Das wären bei einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 70 Quadratmetern für die Stadt Graz rund

170.000 Euro an Einnahmen, allerdings sind im Hochsteuerland Österreich neue Steuern für uns NEOS keine Option. Die Stadt Graz sollte daher mit den Hauseigentümern ins Gespräch kommen und Anreize schaffen, anstatt Strafsteuern zu verhängen. Da Sie im Interview angaben, man werde "auf Basis der Ergebnisse eine sozial gerechte Vorgehensweise konzipieren", stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 16a der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat folgende

Frage:

an Bürgermeisterin Stellvertreterin Mag.^a Judith Schwentner:

Wie wollen Sie die Aktivierung von Angebot und Nachfrage an unbewohnten Wohnungen und leerstehenden Grazer Erdgeschoßzonen „sozial gerecht“ umsetzen, ohne eine Abgabe auf Leerstände einzuheben?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Liebe Frau Gemeinderätin. Es ist nach wie vor so, dass uns in der Koalition, vor allem auch der SPÖ, die sich sehr darum bemüht hat, eine Leerstandsabgabe bzw. den Leerstand zu erheben, bevor wir überhaupt über eine Leerstandsabgabe reden. Jetzt kann man zur Leerstandsabgabe stehen, wie man will. Ich würde nicht darauf verzichten, wir würden nicht darauf verzichten. Wie wir sie gestalten, hängt aber davon ab, dass wir endlich einmal Datenmaterial haben. Deswegen haben wir uns in den Prozess begeben und haben uns angesehen, davon habe ich damals schon erzählt, wo das schon fortgeschrittener ist in der Umsetzung. Beispiel haben wir Vorbild gefunden in Innsbruck und dort intensive Gespräche geführt. Die zuständige Abteilung, nämlich das Amt für Stadtvermessung, wird auch demnächst einen Arbeitsbesuch nach Innsbruck machen, um sich das genauer anzuschauen. Innsbruck hat vor Jahren damit

begonnen, dieses AGWR, das Adressgebäude und Wohnungsregister, ausführlich zu nutzen, beziehungsweise überhaupt zu erstellen. Das ist nämlich die Basis für alle. Ich möchte auch eines richtigstellen: Das ist kein Personal der Vizebürgermeisterin, das wir jetzt aufgestockt haben, sondern es ist Personal im Stadtvermessungsamt, das ausschließlich darauf ausgestellt ist, diese Daten zu erheben. Die Stadt Graz hat leider in den vergangenen Jahren wirklich Jahre nicht genutzt und verabsäumt hat, entsprechendes Register und entsprechende Daten zu erheben. Ohne valide Daten können wir nicht weiterarbeiten. Das heißt, es wird einmal alles dahingehend intensiviert und dann können wir uns überlegen, in welcher Struktur wir was tun, einheben. Gibt es ein Leerstandsbüro, gibt es andere Projekte, die wir erstellen, das können wir im Zuge dessen und auch da werden wir uns Best-Projectes-Beispiele aus anderen Städten holen. Aber die nicht vorhandene Datenlage ist sozusagen das Wichtigste, woran wir jetzt arbeiten müssen, weil sonst können wir nicht weitermachen. Insofern bitte um Verständnis, wir bemühen uns sehr und wir haben selber riesiges Interesse daran, da weiterzukommen.

Gemeinderätin **Reininghaus**:

Kurze Nachfrage, wieder einmal eine Zeitfrage, Frau Schwentner, wann können wir denn mit validem Datenmaterial in Graz rechnen?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Also, das dauert sicher ein, zwei Jahre, ich weiß nicht, ob es vielleicht sogar mehr ist. In Innsbruck waren das, glaube ich, drei oder vier Jahre, bis sie entsprechende Daten hatten. Das ist ein umfassendes Projekt, weil da wirklich gezählt werden muss. Deswegen haben wir entsprechend viele Leute eingestellt. Also, wir nehmen

Personalressourcen dafür in die Hand, damit auch Geld, um voranzukommen und die Datenlage zu verbessern.

6.8 Frage 9: Tiefgarage am Andreas-Hofer-Platz (ClObf Gmeinbauer, ÖVP, an Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner, Grüne)

Clubobfrau **Gmeinbauer**:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Stadtregerung, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin. Im November habe ich mir erlaubt, in der Fragestunde ein Thema aufzugreifen, das eine Wochenzeitung behandelt hat, nämlich die Andreas-Hofer-Platz-Garage. Daraufhin hast du ziemlich empört reagiert, dass es sich einfach um eine Falschmeldung und eine Unwahrheit handelt, die ich hier in den Gemeinderat tragen würde, und dass diese Thematik jeglicher Grundlage entbehrt. Im Dezember hat dann eine Tageszeitung dieses Thema aufgegriffen und inzwischen hat auch ein renommierter Anwalt die Stadt Graz dahingehend kontaktiert, da es anscheinend doch zu Diskussionspunkten zwischen Planungen der Stadt und Umplanungen und Sanierungsmaßnahmen des Betreibers der Andreas-Hofer-Tiefgarage auf ungleicher Ebene stattfinden. Der Betreiber dieser Tiefgarage, der eigentlich zum Weihnachtsgeschäft seine Parkplätze wieder anbieten hätte wollen, muss sie noch immer geschlossen halten, weil es eben jetzt durch die Anwälte zu weiteren Diskussionen kommt. Im Raum steht, dass es dennoch zu diversen Bauarbeiten zum Nachteil des Betreibers der Tiefgarage gekommen ist, nachdem dieser jetzt die Zu- und Abfahrt seiner Tiefgarage ändern muss, weil ihm ein bisheriger Zugang durch Verschüttung unzugänglich geworden ist und nicht geöffnet werden kann. Und jetzt meine

Frage

dahingehend an dich, gibt es, wie in der Kronen-Zeitung vom Dezember behauptet, eine Klage gegen die Stadt Graz? Beziehungsweise, wie auch berichtet wird, gibt es auch eine Summe an Schadensersatzforderungen, die der Garagenbetreiber bei der Stadt Graz deponiert hat.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Mag.a. Judith Schwentner! In der Kronen Zeitung vom 18.12.2023 war unter der Überschrift „Klage gegen Stadt? Wirbel um Baustelle am Andreas-Hofer-Platz“ zu lesen, dass die von Ihnen als Falschmeldung titulierte Besorgnis unserer Fraktion betreffend die Arbeiten rund um die Andreas-Hofer-Garage sich in einer 1,6 Millionen Euro hohen Schadenersatzforderung gegen die Stadt Graz niederschlagen könnte. Aus den dargestellten Gründen stelle ich Ihnen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, folgende

Frage:

„Gibt es - wie in der Kronen Zeitung vom 18.12.2023 im Artikel „Klage gegen Stadt? Wirbel um Baustelle am Andreas-Hofer-Platz“ berichtet - Schadensersatzforderungen der Garagenbetreiber am Andreas-Hofer-Platz gegen die Stadt Graz?“

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ja, ich kann ausnahmsweise mal sehr kurz antworten: nein.

Clubobfrau **Gmeinbauer:**

Dann frage ich mich allerdings, warum der Betreiber dieser Tiefgarage nach wie vor auf Grund dessen, dass ein Zugang, den er gebraucht hat, nicht nur, um seine Kundschaft

in die Garage zu lassen, sondern der auch eine Auflage war, dass es ein Notausgang war und der jetzt aber verschüttet ist, seine Garage nicht weiter sanieren kann und deswegen auch noch nicht aufsperrern kann und warum der Betreiber sich dennoch durch einen renommierten Anwalt mit der Stadt Graz im Austausch verbindet. Mag jetzt wahrscheinlich noch keine Schadenersatzforderung haben, aber in welchem Austausch bist du dahingehend mit dem Betreiber, sodass wir endlich diese Tiefgarage auch wieder zugänglich haben, um die notwendigen Parkplätze in der Innenstadt anbieten zu können?

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Die ausführliche Antwort ist, es liegt weder der Stadt Graz noch der Holding, die in der Projektabwicklung zuständig sind, das Baustellenmanagement betreiben, weder eine Schadenersatzforderung noch eine Klage vor. Es hat Informationen gegeben, die schon vor Jahren, mehrfach von der Stadt und der Holding über die Planung des Projektes und die Tiefgarage wurde informiert. Liebe Frau Clubobfrau, du weißt offensichtlich mehr als ich. Der Akkutron-Betreiber ist informiert worden und das Projekt läuft. Ich möchte mich an dieser Stelle aber wirklich einmal bei allen bedanken, die für die Projektabwicklung zuständig sind. Das ist allen voran der Herr Diplomingenieur Massetti, die Frau Diplomingenieurin Kräuter aus der Holding und alle Bauarbeiter, die jeden Tag, wirklich bei jedem Wetter arbeiten. Im Sommer war es sehr, sehr heiß, jetzt war es sehr kalt. Sie arbeiten an dem Projekt und gewährleisten auch, dass rund um die Tiefgarage am Andreas-Hofer-Platz bald alles fertig wird, auch in Richtung Stationen für die Regionalbusse. Der Akkutrom-Betreiber weiß eigentlich Bescheid.

6.9 Frage 10: Kindertageseinrichtungen (GR DIⁱⁿ Aygan-Romaner, Grüne, an StR Hohensinner MBA, ÖVP)

Gemeinderätin DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, geehrte Stadtregierung, Zuschauer:innen auf der Galerie und online, lieber Kurt. Ich freue mich sehr, dass ich noch die Frage stellen kann, weil es betrifft sehr, sehr viele Eltern und Kinder in der Öffentlichkeit. In den Medien wurde in den letzten Tagen immer wieder über Kindergartenschließungen des evangelischen Kindergartens am Kaiser-Josef-Platz berichtet. Der Träger ist die Diakonie. Ebenfalls Schließungen der Einrichtung in der Grabenstraße. Offiziell war die Begründung die dünne Personaldecke, der fehlende Zugang zu Springer:innenpools und fehlende finanzielle Mittel. Allerdings habe ich bereits erfahren, dass die Gründe andere sind. Unter anderem wurde im Bildungsausschuss darüber diskutiert. Die Belegschaft hat Interesse daran, weiterzuarbeiten und eigentlich scheitert es nicht daran. Dies geht auch aus dem offenen Brief der Leiterin des Kindergartens am Kaiser-Josef-Platz hervor. Auch beim Kindergarten der Diakonie gibt es eigentlich keine Probleme mit der Belegschaft. Das Team möchte einfach, und auch die Eltern, dass die Einrichtung weitergeführt wird. Zu diesem Kindergarten möchte ich Dir die

Frage

stellen: Welche Maßnahmen wirst Du in die Wege leiten, zu denen, die bereits in die Wege geleitet sind, damit die Kindergartenstandorte der Diakonie am Kaiser-Josef-Platz und in der Grabenstraße erhalten werden können?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bildungsstadtrat, in den letzten Tagen wurde in den Medien wiederholt über die drohende Kindergartenschließung des Evangelischen Kindergartens am Kaiser Josef Platz berichtet, der von der Diakonie betrieben wird. Laut Zeitungsbericht sind die Gründe für die Schließungen der Einrichtung die dünne Personaldecke, der fehlende Zugang zu den Springer:innen-Pools der größeren

Betreiber und fehlende finanzielle Mittel. Am Engagement der Belegschaft ist nicht zu zweifeln; der offene Brief der Leiterin des Kindergartens am Kaiser Josef Platz Lena Kulmer an die Verantwortlichen für Bildung in Land und Stadt zeigt sehr deutlich, wie viel Herzblut die Pädagoginnen und Betreuerinnen in ihre Arbeit gesteckt haben und weiter stecken. Umso wichtiger ist es, dass es rasch Unterstützung gibt, um den Weiterbestand dieses Kindergartens, der schon seit vielen Jahren besteht, zu sichern. Erste Gespräche dazu wurden von Ihnen ja bereits geführt. Bei einem zweiten Kindergarten der Diakonie, nämlich jenen in der Grabenstraße, gibt es ebenfalls Anzeichen dafür, dass es zu einer Schließung kommen könnte. Auch hier gibt es den Wunsch des Teams und der Eltern, dass die Einrichtung weitergeführt wird. Ich stelle daher an Sie folgende

Frage:

Welche Maßnahmen werden Sie in die Wege leiten, damit die Kindergartenstandorte der Diakonie am Kaiser Josef Platz und in der Grabenstraße erhalten werden können?

Stadtrat **Hohensinner**, MBA:

Werter Gemeinderat, liebe Frau Kollegin, danke für die Frage. Es ist tatsächlich ein sehr großes Thema derzeit in Graz. Ich möchte mich auch beim Günter Fürntratt ganz herzlich bedanken, bei der Abteilung, weil wir hätten ja auch die Frage 8 gehabt, die wurde zurückgezogen, weil sich, was die Heinrichstraße betrifft, hier eine gute Lösung abzeichnet. Ihre Frage betrifft jedoch den Kaiser-Josef-Platz, bzw. die Grabenstraße. Ich möchte ein bisschen ausholen. Ich darf jetzt seit zehn Jahren für den Bereich Kinderbildung und Betreuung zuständig sein und ich glaube, das wissen alle hier im Raum, dass es mir ein Herzensanliegen ist, dass alle berufstätigen Eltern zumindest einen Platz bekommen. Das haben wir in den letzten Jahren auch sicherstellen können,

weil wir einen sehr starken Ausbaukurs zusammengebracht haben. Wir haben allein in den Jahren 2014 bis 2021 1800 zusätzliche Plätze geschaffen. Seit diese Koalition jetzt im Amt ist, haben wir leider keinen zusätzlichen Kinderbetreuungsplatz bereitstellen können, was sehr viele Eltern enttäuscht, aber auch sehr viele Pädagog:innen und Betreuer:innen enttäuscht. Ich kann auch diese Verärgerung nachvollziehen. Und ganz ehrlich fühle ich mich von Elke Kahr und Manfred Eber in dieser Angelegenheit im Stich gelassen. Das muss ich in aller Deutlichkeit sagen. Ich habe, wie alle hier im Raum wissen, ein Maßnahmenpaket vorgelegt und mehrfach davor gewarnt, dass wir zu wenig Geld in dem Bereich haben. Ich habe dir, liebe Elke, ein Mail geschrieben. Ich habe dem Manfred Eber öfters ein Mail geschrieben und in ganz vielen Terminen auch die Situation erklärt, aber ich wurde hier nicht gehört. Jetzt gibt es einfach zu wenig Budget und das schlägt jetzt leider in voller Härte auf. Wir haben heute auf der Tagesordnung ein Stück, wo es darum geht, auch das Tarifmodell nachzubessern, damit wir zumindest den Ist-Stand sicherstellen können. Das Ziel ist, dass hoffentlich nicht weitere gemeinnützige Einrichtungen zusperren müssen. Zu den angesprochenen Einrichtungen möchte ich mit dem Kaiser-Josef-Platz beginnen. Geführt wird dieser Kindergarten derzeit von de La Tour. Ich habe heute die Leiterin bei mir im Büro gehabt, die Lena Kulmer, wirklich eine sehr engagierte Frau mit ihrem Team. Sie möchten unbedingt sicherstellen, dass die Gruppen an einem anderen Ort mit dem gleichen Team weiter begleitet werden können. Wir wissen nur, dass de La Tour sicher nicht an diesem Standort weitermachen wird, da es auch Kosten gibt, was eine mögliche Sanierung betrifft. Diese Kosten möchte die de La Tour nicht stemmen. Wir haben jetzt zwei Varianten heute besprochen: einerseits, dass wir mit „Rette das Kind“ mit dem Verein vielleicht eine Möglichkeit sehen oder dass wir diese Gruppen städtisch aufnehmen. Also da sind wir gerade am Ausloten, aber das muss uns auch klar sein, dass das Geld kostet. Aber da gibt es ja auch die Aussicht, dass wir über den Zukunftsfonds 9 Millionen Euro mit dem Zweck Mascherl Kinderbetreuung nach Graz zu bekommen. Und da hoffe ich, dass wir dieses Geld dann auch wirklich für diesen

Bereich einsetzen können. Der weitere Kindergarten in der Grabenstraße, da habe ich heute mit den Eltern geschrieben, da geht es darum, dass wir auch eine Möglichkeit sehen, weil die Pfarre es interessiert, dass der Kindergarten dort auch weitergeführt wird. Und da gibt es auch schon Gespräche mit „Rettet das Kind“. Schauen wir, ob wir da etwas zusammenbringen. Und auch da, mit letzter Konsequenz, könnte ich mir vorstellen, dass wir als Stadt diesen Kindergarten übernehmen. Aber das kostet auch wieder Geld. Aber ich bin drauf und dran und wirklich jeden Tag kämpfe ich, dass wir keine weiteren Schließungen haben und dass wir möglichst das Engagement der Pädagog:innen und Betreuer:innen für unsere Kinder wertschätzen und dass wir da eine gute Zukunft haben.

Gemeinderätin DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Eine Zusatzfrage, ich glaube, hier hat keiner Zweifel, dass du dich engagierst für die Eltern und Kinder. Und es hat, glaube ich, auch keinen Zweifel, und es besteht auch kein Zweifel darin, dass wir alle, die hier sitzen, uns für die Kinder und Eltern und für die Elementarbildung und auch weitere Bildung engagieren und auch schauen, dass wir da auch die nötigen Gelder zur Verfügung stellen. Die Zusatzfrage betrifft einerseits einmal, also danke für die Ausführungen, aber die Finanzierung muss man dann gemeinsam mit dem Land aushandeln und wirklich auch dort immer wieder eintreten, dass auch diese Gelder auch Richtung Graz fließen, weil da gibt es noch keine Informationen, keine klaren, wie viel da überhaupt kommen wird. Ich würde mir wünschen, dass eben genau diese 9 Millionen auch in die Kinderbildung kommen werden, aber da bitte ich dich auch darum, auch gemeinsam mit der Stadt einzustehen und auch danach zu fragen, die Zusatzfrage ist: es ist offenbar ein sehr viel Informationsdefizit auch öffentlich gewesen, also die Eltern haben einfach zu wenig erfahren, die Eltern sind nicht desinformiert, aber irritiert gewesen, weil auch die öffentliche Berichterstattung in eine Richtung geht, dass die Stadt Graz sich nicht um

diese Elementarbildung kümmern möchte und keine Gelder zur Verfügung stellen möchte. Ich bitte dich darum, dafür zu sorgen, dass diese Information an die Eltern richtig weitergeleitet wird. Meine Frage: Bist du bereit, den Eltern, wenn es zu Änderungen kommt in Standorten bzw. wenn Schließungen kommen, dass sie rechtzeitig informiert werden oder die Träger eben anzuhalten, dass sie diese Informationen auch adäquat und zur richtigen Zeit weiterzuleiten, damit es nicht wieder zu solchen Missverständnissen und Irritationen öffentlich kommt. Danke sehr.

Stadtrat **Hohensinner**, MBA:

Punkt eins, natürlich bin ich bereit, im Rahmen meiner Möglichkeiten die Eltern zu unterstützen, zu informieren, wir müssen da halt wirklich im guten Austausch mit den Trägern sein, da bin ich auch auf die andere Seite angewiesen, aber ja, bin ich gern bereit. Punkt zwei, wenn du sagst, wir wissen nicht, wie viel vom Land, also sprich vom Bund kommt. Das Land gibt uns das ja weiter, muss ich konkret sagen, das ist falsch, wir wissen ganz genau, was hier kommen wird. In dieser Situation, das habe ich schon im Dezember in der Budgetgemeinderatssitzung gesagt, dieses Vertrösten, dieses Hinhalten bringt uns nichts. Wir brauchen jetzt die Mittel, um diese Kindergartengruppen, Kinderkrippengruppen sicherzustellen. Also da bitte ich wirklich, dass wir da jetzt Nägel mit Köpfen machen und ihr beim Ausschuss ersucht. Wir haben jetzt ein unterdecktes Budget bekommen, um € 6.000.000,- unterdeckt. Ich habe das ja erklärt, und im Ausschuss habe ich dafür Werbung gemacht, dass wenn diese knapp über € 9.000.000,- nach Graz fließen, mit der Zweckwidmung Kinderbildung und Betreuung, dass wir dieses Geld zusätzlich für diesen Zweck in das Bildungsbudget eingestellt bekommen. Im Ausschuss hat es da schon eine Zustimmung gegeben, aber dieses Ersuchen richtet ich auch an die Finanzdirektion.

Ende Fragestunde 13:35.